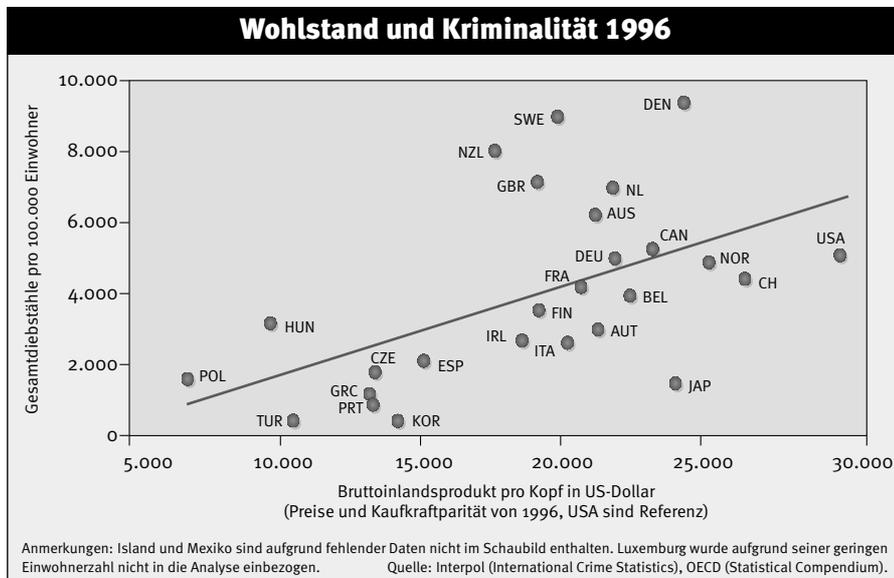


Wohlstand und Kriminalität

Die Kriminalität hat in den vergangenen Jahren in den entwickelten Industriestaaten erheblich zugenommen. Insbesondere die hohe Zahl der Eigentumsdelikte erfüllt viele Menschen mit großer Sorge. Und das durchaus zu Recht: Erste Ergebnisse einer internationalen Kriminalitätsstudie, die das ZEW im Auftrag der Europäischen Union durchführt, zeigen, daß wachsender Wohlstand einen guten Nährboden für Kriminalität abgibt.



Die ZEW-Untersuchung über die Mitgliedsstaaten der OECD ergibt, daß in reicheren Ländern tendenziell mehr gestohlen wird als in ärmeren (s. Grafik). In den reicheren Ländern werden den Dieben offenbar lohnendere Ziele geboten, die die illegale „Einkommenserzielung“ im Vergleich zur legalen Arbeit attraktiver erscheinen lassen. Deutlich wird aus der Grafik allerdings auch, daß Dänemark, Schweden, die Niederlande, Großbritannien, Australien und Neuseeland eine im Vergleich zu ihrem Wohlstand „zu hohe“ Diebstahlsbelastung aufweisen. In den USA hingegen liegt die Diebstahlsbelastung im Vergleich zu ihrem Wohlstandsniveau eher niedrig.

Zwei Erklärungen für diese Abweichungen bieten sich an. Zum einen kann

die Sonderstellung der genannten Länder im Meldeverhalten der jeweiligen Bevölkerung begründet sein. So kann ein international variierendes Meldeverhalten der Bevölkerung zu unterschiedlichen Dunkelziffern bei der Erfassung von Straftaten führen. Länder mit gleicher Kriminalitätsbelastung weisen dann unterschiedlich hohe offizielle Kriminalitätsraten aus. Zum anderen kann von einer einzelnen Variablen wie dem Wohlstandsniveau nicht die vollständige Klärung eines so komplexen Phänomens wie der Kriminalität erwartet werden.

Aus diesem Grund wurden in der ZEW-Studie andere potentielle Einflußfaktoren ebenfalls einbezogen. Neben dem Pro-Kopf-Einkommen beziehungsweise der Kfz-Dichte wurden unter Ver-

wendung multivariater statistischer Analyseverfahren simultan die Aufklärungsquote, die Arbeitslosenquote und das Ausmaß der weiblichen Erwerbsbeteiligung in Beziehung zum Diebstahlsaufkommen gesetzt.

Auch im multivariaten Kontext zeigt sich der Einfluß des Wohlstands auf das Kriminalitätsaufkommen. Die Studie ergab, daß eine einprozentige Erhöhung des Pro-Kopf Einkommens zu einer Zunahme der Gesamtdiebstähle um 1,7 Prozent und eine einprozentige Zunahme des Autobestands zu einer Steigerung der Kfz-Diebstahlsrate um ebenfalls ein Prozent führen. Eine einprozentige Erhöhung der Aufklärungsquote bzw. des Risikos, von der Polizei erwischt zu werden, läßt die Autodiebstähle um 0,75 Prozent zurückgehen. Eine Erhöhung der Arbeitslosenquote um ein Prozent führt zu einer einprozentigen Zunahme der Gesamtdiebstähle. Etwas überraschend ist der hohe positive und statistisch signifikante Einfluß der weiblichen Erwerbs-

In dieser Ausgabe

Wohlstand und Kriminalität	1
Weiterbildung im Mittelstand	2
Experten für mehr EZB-Transparenz	3
ZEW-Kolloquium	4
Global Sourcing Management-Tool	5
Termine	5
CD-ROM Altersvorsorge KOMPETENT	6
Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

Forschungsergebnisse

beteiligung auf das Diebstahlsaufkommen. Möglicherweise hat eine Erwerbsbeteiligung beider Elternteile eine weniger gute Betreuung kriminalitätsgefährdeter Jugendlicher zur Folge, die deshalb eher kriminell werden.

Es kann festgehalten werden, daß – wengleich Eigentumskriminalität eine

Vielzahl von Ursachen hat – der Wohlstand der modernen Industriegesellschaften einen bedeutenden Einflußfaktor darstellt. Somit steht Eigentumskriminalität in einem Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum und ökonomischer Prosperität. Für die EU und ihre potentiellen Beitrittskandidaten bedeu-

tet dies, daß neben die Anstrengungen zur Wohlstandssteigerung verstärkte Bemühungen zum Schutz des erworbenen Eigentums der Bürger treten müssen. Eine stärkere Kooperation zur Kriminalitätsbekämpfung ist daher für die Zukunft unverzichtbar. ◀

Hannes Spengler, spengler@zew.de

Weiterbildung im Mittelstand

Um im Wettbewerb bestehen zu können, ist für Unternehmen die Weiterbildung ihrer Manager unverzichtbar. Während sich Konzerne beispielsweise zur Lösung des Jahr 2000-Problems in Projektgruppen beraten oder entsprechende Dienstleistungen zukaufen, sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der Regel auf das Engagement ihrer wenigen Mitarbeiter angewiesen. Eine Untersuchung der OECD ergab, daß vor allem Führungskräften in KMU häufig die Zeit fehlt, um an umfangreicheren Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen.

■ Für die OECD-Studie wurden in den USA, Kanada, Japan, Großbritannien, Deutschland und Finnland das Bildungsangebot und die Nachfrage nach Weiterbildung für Manager untersucht. Im Mittelpunkt der Untersuchung stand das höhere Management in kleinen und mittleren Unternehmen. Für Deutschland stellt das ZEW, das an der internationalen Studie beteiligt war, fest, daß weniger ein vielfältiges Weiterbildungsangebot Probleme bereitet, als vielmehr die fehlende Zeit der Manager in KMU, dieses auch wahrzunehmen.

Auf der Angebotsseite zeichnen sich in Deutschland vor allem die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern durch ein breites Spektrum von Fortbildungsaktivitäten aus. Die Vermittlung praktischen Wissens in diesen Einrichtungen im Rahmen der dualen Grundausbildung wird auf höherem Niveau auch auf der Managementebene fortgesetzt. Zusammen mit Fernlehrinstituten und Akademien decken die Kammern etwa 40 Prozent des Fortbildungsangebots in Deutschland ab.

Der größte Teil der Fortbildung findet in den Unternehmen selbst statt. Während sich Großunternehmen eigene Stiftungen und Akademien geschaffen haben, neigen mittelständische Firmen stärker dazu, hausinterne Schulungen den Vorzug zu geben. Der Grund für die-

ses Verhalten ist in der Tatsache zu suchen, daß die Manager kleiner und mittlerer Unternehmen in der Regel keinen Vertreter haben und daher möglichst ständig präsent sein müssen. Vielfach bedeutet externe Weiterbildung für sie eine zu hohe zeitliche und damit auch finanzielle Investition, die sie sich neben dem Tagesgeschäft kaum leisten können. Führungskräfte mittelständischer Firmen lernen daher vor allem bei Messebesuchen, Tagungen und in Seminaren, die ihre unternehmensspezifischen Aufgaben betreffen. Auf diesen und ähnlichen Veranstaltungen, wie auch über Fachzeitschriften, bilden sie sich „on the job“ weiter.

Das ZEW stellt in seiner Studie fest, daß in den Unternehmen allgemein die Bereitschaft zur Weiterbildung grundsätzlich von der individuellen Vorbildung abhängt. Personen mit höherem Bildungsabschluß fällt es leichter, sich an zusätzlichen Bildungsangeboten zu beteiligen. Auch gilt für Deutschland: Je höher die Position im Unternehmen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen.

Die Kosten der Weiterbildung sind für mittelständische Betriebe – vor allem für die kleinen – deutlich höher als für größere Unternehmen. Größenbedingte Nachteile ergeben sich aus der reduzier-

ten Ansprachefähigkeit kleinerer Unternehmen in der Zeit, in der die Mitarbeiter geschult werden, den doppelten Kosten durch „Weiterbildung“ und „Arbeitskraftverlust“ sowie der höheren Wahrscheinlichkeit der Abwanderung von Mitarbeitern, die durch Weiterbildungsmaßnahmen qualifiziert wurden (insbesondere bei Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten). Um diese Nachteile möglichst gering zu halten, bevorzugen Führungskräfte mittelständischer Unternehmen zunehmend kurze und unternehmensspezifische Seminare.

Im internationalen Vergleich fällt auf, daß deutsche Universitäten und Hochschulen in der Weiterbildung bisher nur eine geringe Rolle spielen. Es wäre wünschenswert, dies zu ändern. Fort- und Weiterbildungsangebote für KMU könnten dazu beitragen, Wissenschaft und Wirtschaft einander näher zu bringen. Im Ausland gelingt diese Vernetzung mit Erfolg. Finnland, Großbritannien und Kanada sind Beispiele, bei denen die „Consultants“ der Universitäten und privaten Beratungsgesellschaften den Markt beherrschen. In Deutschland sind es dagegen überwiegend private Trainer sowie die Träger des dualen Ausbildungssystems, die auch bei der Weiterbildung von Managern den Ton angeben. ◀

Andreas Fier, fier@zew.de

Forschungsergebnisse

Experten für mehr EZB-Transparenz

„Es ist nicht unsere Politik, die Finanzmärkte zu überraschen. Wir wollen vorhersehbar und damit glaubwürdig sein“ hatte der EZB-Präsident Wim Duisenberg anlässlich der Leitzinserhöhung am 4. November erklärt. Eine Mehrheit der Akteure am Kapitalmarkt ist allerdings der Meinung, daß diese Zielsetzung noch nicht erreicht ist. Erstmals wird dies nun auch durch eine Umfrage präzise belegt, die das ZEW unter Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und Industrieunternehmen mit Sitz in Deutschland durchgeführt hat.

■ Das ZEW befragt im Rahmen des Finanzmarkttests monatlich etwa 400 Experten nach deren Erwartungen über die Entwicklung von Aktien, Währungen, Zinsen und Konjunktur. Im November beantworteten sie außerdem Fragen zur Transparenz der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats. 330 Befragte bezogen Stellung und vergaben mehrheitlich schlechte Noten: 53,3 Prozent sind der Ansicht, daß der EZB-Rat noch nicht genug für eine ausreichende Transparenz seiner Entscheidungen getan hat. Dem stehen 46,7 Prozent gegenüber, für die der Entscheidungsprozeß bereits hinreichend berechenbar ist.

Die Tatsache, daß es während der Umfrage zur ersten Leitzins-Erhöhung seit der Euro-Einführung gekommen ist, bietet eine besondere analytische Chance: Durch Vergleich des Antwortverhaltens vor und nach dem 4. November können die Wirkungen dieser Entscheidung überprüft werden. Den Ergebnissen der Umfrage zufolge hat die Zinsentscheidung im Urteil der EZB-Beobachter wenig an der Transparenz-Problematik verändert. Im Gegenteil, der Anteil der Unzufriedenen lag nach dem Entscheid sogar einige Punkte höher als zuvor.

Optimierung der Transparenz

Die Befragten beurteilten außerdem drei Vorschläge zur Optimierung der Transparenz. Im Kern des Problems liegt die Spannung zwischen den Indikatoren Geldmengenentwicklung und Inflationsspektive. Während die Geldmengenentwicklung präzise bekannt ist und mit dem Referenzwert verglichen werden kann, gilt dies nicht für die von der EZB erwartete zukünftige Inflationsrate. Duisenberg und Kollegen erläutern zwar in Pressekonferenzen und Monatsberichten die Aussichten, bleiben bislang aber die



Das Gebäude der Europäischen Zentralbank in Frankfurt.

Verdichtung dieser vielschichtigen Information in einer Zahl schuldig.

Vor diesem Hintergrund ist der am wenigsten weitgehende Vorschlag die Optimierung der bisherigen Praxis durch eine gründlichere Erläuterung der Inflationssaussichten. Gedacht wird hier etwa an eine Publikationsreihe nach dem Vorbild der Inflationsberichte, wie sie in England, Schweden und Neuseeland die Zentralbanken erstellen. Eine zweite Möglichkeit wäre die Veröffentlichung einer quantitativ präzisen Inflationsprognose durch die EZB. Befürworter erwarten sich davon eine bessere Überprüfbarkeit geldpolitischer Entscheidungen. Kritiker wie EZB-Chefvolkswirt Otmar Issing warnen demgegenüber vor der

Illusion, die Komplexität der Inflationsspektive in einer schlichten Zahl einfangen zu können. Eine dritte Reform-Option ist die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle des EZB-Rats ähnlich der Vorgehensweise in Großbritannien. Dadurch erhoffen sich Beobachter unter anderem Aufschluß darüber, wie die Ratsmitglieder mit Zielkonflikten umgehen.

In der Umfrage ergibt sich ein klares Ranking zwischen den drei Optionen. Den Vorschlag, die Transparenz durch ausführlichere Erläuterungen der Inflationssaussichten zu verbessern, favorisieren 54,8 Prozent der Befragten. 43,7 Prozent verlangen die quantitativ präzise Inflationsprognose. Deutlich abgeschlagen rangiert mit 33,1 Prozent die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle. Offensichtlich befürchten hier viele, daß die totale Öffentlichkeit der Meinungsbildung im höchsten Gremium der EZB eine Gefahr für die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbankpräsidenten

darstellen würde.

Insgesamt beinhaltet die Umfrage für den EZB-Rat eine gute und eine schlechte Nachricht. Die schlechte Nachricht ist die trotz aller Bemühungen vorherrschende Unzufriedenheit der Marktteilnehmer mit der Transparenz. Die gute Nachricht ist, daß die Akteure am Finanzmarkt mehrheitlich nicht unbedingt tiefgreifende Änderungen verlangen. Durch eine sorgfältigere Kommunikation der Inflationsspektive könnte den Kritikern der Wind aus den Segeln genommen werden. Dann wären weitergehende Schritte wie die Veröffentlichung der präzisen Inflationsprognose und der Protokolle vermeidbar. ◀

Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

ZEW-Kolloquium

Dezentralisierung staatlicher Kompetenzen – Ruinöser Wettbewerb oder Voraussetzung für mehr Bürgernähe?

■ Durch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich ist Bewegung in die Diskussion um die föderale Ordnung Deutschlands gekommen. Obwohl das Urteil stark interpretationsbedürftig ist, scheint es doch eine gewisse Stärkung der Autonomie der Bundesländer nahe zu legen. Im Gegensatz dazu geht die Entwicklung in Europa hin zu einer immer stärkeren Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse, wie die Währungsunion eindrücklich gezeigt hat.

So unterschiedlich diese beiden Tendenzen sind, so unterschiedlich sind auch die damit verbundenen Erwartungen. Auf der einen Seite wird beklagt, daß ein einzelner Staat im Zuge der Globalisierung seine Handlungsfähigkeit verloren hat. Man fordert eine verstärkte Koordinierung auf europäischer Ebene und wehrt sich konsequenterweise dagegen, innerhalb Deutschlands gerade diese Koordinierung nun wieder aufzugeben. Auf der anderen Seite wird befürchtet, daß durch die Stärkung der Europäischen Union ein übermächtiger Staat entsteht, dem die Bürger und einzelne Regionen hilflos ausgeliefert sind. Folgerichtig befürworten Anhänger dieser Sichtweise auch in Deutschland eine Rückverlagerung von Zuständigkeiten an Länder und Gemeinden.

In seinem Vortrag gab Dr. Robert Schwager, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft, einen Überblick über die Theorien des fiskalischen Wettbewerbs, die hinter diesen beiden Positionen stehen.

Mobilität von Steuerbemessungsgrundlagen

Gegner der Dezentralisierung führen die befürchteten Nachteile einer dezentralen Finanzpolitik auf die Mobilität von Steuerbemessungsgrundlagen zurück. Um im Standortwettbewerb Vorteile zu erlangen, senkten alle Staaten die Steuern auf mobile Produktionsfaktoren, insbesondere auf Kapital. Als Folge da-

von würden die Regierungen gezwungen, das Angebot an öffentlichen Gütern wie Straßen oder Schulen einzuschränken. Zudem falle die Finanzierungslast des öffentlichen Sektors immer stärker auf den immobilen Faktor Arbeit, und die Sozialleistungen würden gekürzt. Der Systemwettbewerb sei ruinös.

Diese These wird im Hinblick auf das Angebot an öffentlichen Leistungen von der wirtschaftstheoretischen Literatur weitgehend abgelehnt. Für Unternehmen und Kapitalgeber sind Standorte mit hohen Steuern durchaus attraktiv, wenn mit den Steuern Infrastruktur finanziert wird, die die Produktivität erhöht. Ebenso übernehmen immobile Haushalte gerne die Finanzierung von öffentlichen Konsumgütern, die ihnen zu Gute kommen. Im Hinblick auf Verteilungsziele wird dagegen der Fiskalwettbewerb kritischer gesehen. Sowohl eine Verlagerung der Steuerlast hin zu den Arbeitnehmern als auch ein Absenken der sozialen Grundsicherung sind aus theoretischer Sicht nicht auszuschließen.

Zentralstaat schlecht informiert?

Befürworter der Dezentralisierung gehen davon aus, daß ein Zentralstaat seine Politik nicht so sehr an den Bürgerinteressen ausrichtet wie dezentrale Entscheidungsträger. Diese Haltung wird zum einen damit begründet, daß lokale Behörden über bessere Informationen bezüglich der Wünsche der Bürger und der örtlichen Besonderheiten verfügten. Zum anderen könnten sich mobile Unternehmen und Haushalte einer schlechten Politik durch Abwanderung entziehen. Eine solche Abstimmung mit den Füßen begrenze die Besteuerungsmacht und diene somit dem Wohl der Bürger.

Auch diese These ist nur teilweise überzeugend. Die Wirtschaftstheorie hat bereits vor langer Zeit Mechanismen erfunden, die es einer Zentrale erlauben, in den Besitz aller dezentral vorhandenen Informationen zu gelangen



Dr. Robert Schwager

und darauf aufbauend effiziente Entscheidungen zu treffen. Informationsmangel der Zentralregierung kann deshalb nach Ansicht von Dr. Robert Schwager kaum als Argument für eine Dezentralisierung herangezogen werden. Wenn aber der politische Prozess unvollkommen ist, dann entfaltet der fiskalische Wettbewerb unstreitig vorteilhafte Wirkungen. Er bestraft eigennütziges Verhalten der Staatsführungen und verhindert, daß einzelne Regionen durch eine Mehrheit im Zentralstaat übermäßig belastet werden.

Haltung zum Staat entscheidend

Die Haltung zur Dezentralisierung staatlicher Kompetenzen wird deshalb wesentlich von der Haltung zum Staat überhaupt geprägt. Wer in staatlichen Entscheidungen, gerade auch im Steuer- und Transfersystem, rationale, wohlfahrtssteigernde Maßnahmen sieht, wird sich für Koordinierung der Politik in Europa und gegen Länderautonomie in Deutschland einsetzen. Wer dagegen der Politik grundsätzlich skeptisch gegenüber steht und staatliche Handlungen vor allem als Eingriff in die Freiheitsrechte empfindet, wird den Staat der Kontrolle des Wettbewerbs unterwerfen wollen. ◀

Information: Dr. Robert Schwager,
schwager@zew.de

Wissenschaft für die Praxis

ZEW und Heidelberger Druck entwickeln „Global Sourcing Management-Tool“

■ Die Internationalisierung der Wirtschaft zwingt immer mehr Unternehmen zu einer Internationalisierung ihrer Beschaffungsaktivitäten. Wie aber lassen sich die international wettbewerbsfähigsten Beschaffungsmärkte ermitteln? Vor dieser Frage stehen vor allem Unternehmen, die am Anfang der Internationalisierung ihrer Beschaffungsaktivitäten stehen und bisher kaum über internationale Erfahrung verfügen. Sie sehen sich einer Vielzahl von Optionen ausgesetzt, der sie unternehmensintern häufig keine eigene instrumentelle Kompetenz entgegensetzen können. Aber auch die international erfahrenen Unternehmen sind gezwungen, ihre Internationalisierungsstrategien zu rechtfertigen und kontinuierlich zu überprüfen. In der Praxis existierten bisher keine Methoden, mit deren Hilfe die Wettbewerbsfähigkeit potentieller Lieferländer systematisch evaluiert werden konnten. Die zu berücksichtigenden Zusammenhänge wurden häufig als zu komplex eingeschätzt, und deshalb wurde der intuitiven und unternehmerischen Herangehensweise der Vorzug gegeben.

Das ZEW hat in Zusammenarbeit mit der Heidelberger Druckmaschinen AG das „Global Sourcing Management-Tool“ entwickelt, mit dessen Hilfe sich die Entscheidungskomplexität im internationalen Beschaffungsprozeß reduzieren läßt.

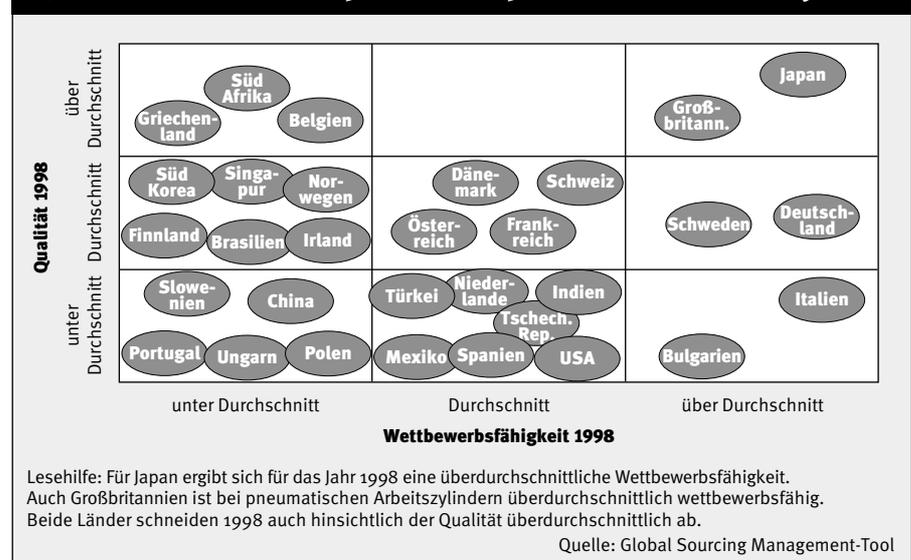
Auf Basis von Außenhandelsdaten von OECD oder EUROSTAT lassen sich für die 21.000 Produkte der internationalen Produktnomenklatur Indikatoren berechnen, die eine Bewertung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der durchschnittlich gelieferten Produktqualität aller möglichen Lieferländer erlauben. Die Ergebnisse werden anschaulich in Portfolios abgebildet. Diese Vorselektion ermöglicht es den Unternehmen, die Suche nach potentiellen Lieferanten auf die selektierten Lieferländer zu beschränken. Hohe Suchkosten werden

dadurch reduziert. Für pneumatische Arbeitszylinder ist in der Grafik der Stand der Produktqualität und der Wettbewerbsfähigkeit der potentiellen Lieferländer auf dem europäischen Markt beispielhaft gegenüber gestellt.

Softwaretechnisch ist das „Global Sourcing Management-Tool“ entweder als Einzelplatzversion oder als Intranetversion verfügbar. Beide Systeme sind menügesteuert und ermöglichen die Suche nach Produkten in englischer, französischer und deutscher Sprache. ◀

Dr. Thomas Cleff, cleff@zew.de

Qualitäts-/Wettbewerbsportfolio für pneumatische Arbeitszylinder



ZEW-Neuerscheinungen

■ ZEW-Wirtschaftsanalysen/ Schriftenreihe des ZEW

Buslei, Hermann; Steiner, Viktor: *Beschäftigungseffekte von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich*. Band 42, 1999, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

■ Discussion Papers

Ebling, Günther; Janz, Norbert: *Export and Innovation Activities in the German Service Sector: Empirical Evidence at the Firm Level*, No. 99-53.

Jacobs, Otto H.; Spengel, Christoph: *The*

Effective Average Tax Burden in the European Union and the USA, No. 99-54.

Spengel, Christoph: *Effective Marginal Tax Rates for US Investors in Germany and Europe – An Analysis of Recent Tax Reforms in Germany*, No. 99-55.

Radowski, Daniel; Smolny, Werner; Winker, Peter: *Investment and Employment Adjustment after Unification: Some Results from a Macroeconomic Disequilibrium Model*, No. 99-56

Fitzenberger, Bernd; Franz, Wolfgang: *Der Flächentarifvertrag: Eine kritische Würdi-*

gung aus ökonomischer Sicht, No. 99-57.

Falk, Martin; Seim, Katja: *The Impact of Information Technology on High-skilled Labour in Services: Evidence from Firm Level Panel Data*, No. 99-58.

Falk, Martin: *Technological Innovations and the Expected Demand for Skilled Labour at the Firm Level*, No. 99-59.

Köke, Jens: *New Evidence on Ownership Structures in Germany*, No. 99-60.

Smolny, Werner; Winker, Peter; Radowski, Daniel: *Modeling German Unification in a Disequilibrium Framework*, No. 99-61.

Wissenschaft für die Praxis

ZEW entwickelt CD-ROM Altersvorsorge KOMPETENT

■ Das System der Alterssicherung in Deutschland steht nach mehreren Reformen in den neunziger Jahren erneut auf dem Prüfstand. Zwei Gruppen, die von einer möglichen Neuausrichtung des auf mehreren Säulen basierenden Systems der Alterssicherung betroffen sind, bilden Unternehmen, die ihren Mitarbeitern

und „Private Altersvorsorge und Finanzmanagement“.

Die Version „Betriebliche Altersversorgung“ richtet sich an Unternehmen und unterstützt diese bei der Gestaltung eines zeitgemäßen Systems der betrieblichen Altersversorgung. In einem solchen System sind sowohl ein angemessener Bedarf der Mitarbeiter als auch die Finanzierbarkeit und Kalkulierbarkeit für das Unternehmen zu berücksichtigen. Die zulässigen Durchführungsformen (Direktzusage, Unterstützungskasse, Pensionskasse und Direktversicherung) sowie unterschiedliche Versorgungssysteme werden einschließlich der relevanten arbeits-, steuer-, handels- und versicherungsrechtlichen Regelungen erörtert. Dabei wird auch auf deren betriebswirtschaftliche Aspekte eingegangen.

Konkrete Entscheidungshilfen erlauben es dem Unternehmen, die Optimierung neuer oder bestehender Versorgungssysteme der betrieblichen Altersversorgung intensiv vorzubereiten. Für Gesellschafter-Geschäftsführer zeigt die CD-ROM darüber hinaus Optionen für eine adäquate Planung der individuellen Vorsorge auf.

Die Version „Private Altersvorsorge und Finanzmanagement“ unterstützt private Anleger bei der individuellen Ge-

staltung ihrer Altersvorsorge. Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung bietet die CD-ROM einen ausführlichen Überblick über das geltende Rentenrecht sowie einen Ausblick auf die künftige Entwicklung der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung. Aufbauend auf diesen Informationen kann mit Hilfe eines Rentenrechnungsprogramms eine Abschätzung der individuell zu erwartenden Rente vorgenommen werden. Ein weiteres Berechnungstool erlaubt es, den individuellen Bedarf bei Renteneintritt den erwarteten Einkünften (aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie weiteren Quellen) gegenüberzustellen. Übersteigt der Bedarf die erwarteten Einkünfte, liegt eine sogenannte Versorgungslücke vor. Die Erörterung der wichtigsten Instrumente zur Schließung dieser Versorgungslücke bildet einen zentralen Teil der CD-ROM. Zu diesen Instrumenten zählen die Geldanlage bei Banken, Wertpapiere, Investmentfonds, Versicherungen und Immobilien. Auf der Basis der gebotenen Informationen kann der Nutzer eine ausgewogene, individuelle Entscheidung über die Anlagen zur Altersvorsorge vorbereiten, die gleichermaßen potentielle Erträge wie auch Risiken berücksichtigt.

Die Version „Betriebliche Altersversorgung“ wird voraussichtlich im Dezember 1999, die Version „Private Altersvorsorge und Finanzmanagement“ im ersten Quartal 2000 beim Vahlen-Verlag, München, erhältlich sein. ◀

Information: Lothar Weinland, weinland@zew.de



eine betriebliche Altersversorgung anbieten (wollen), und Privatpersonen, die ihre Alterssicherung planen.

Für diese beiden Gruppen hat das ZEW gemeinsam mit Kooperationspartnern aus Wirtschaft und Wissenschaft die CD-ROM Altersvorsorge KOMPETENT entwickelt. Sie ist in zwei Versionen erhältlich: „Betriebliche Altersversorgung“

Termine

■ Expertenseminare:

Finanzmarktökonomie: Analyse- und Prognoseverfahren von Finanzmärkten, Teil 1 (Grundlagen), 03. / 04. Februar 2000, ZEW-Gebäude.

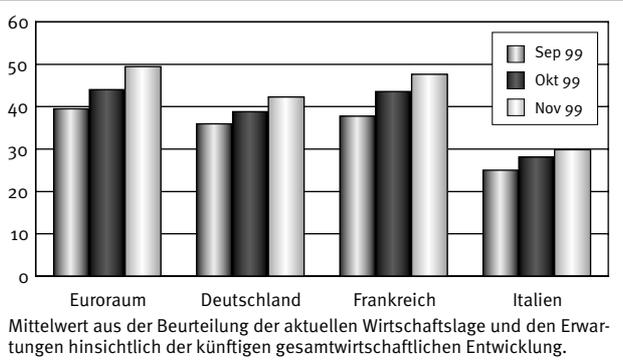
Finanzmarktökonomie: Analyse- und Prognoseverfahren von Finanzmärkten, Teil 2 (Fortgeschrittene Verfahren), 02. / 03. März 2000, ZEW-Gebäude.

■ Informationen zu den Veranstaltungen:

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden sich auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de. Bitte klicken Sie „Seminare“ an. Auf Wunsch senden wir Ihnen das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu. Information: Ute Günderoth, Telefon 0621/1235-240, Fax 0621/1235-224, E-Mail: guenderoth@zew.de

Daten und Fakten

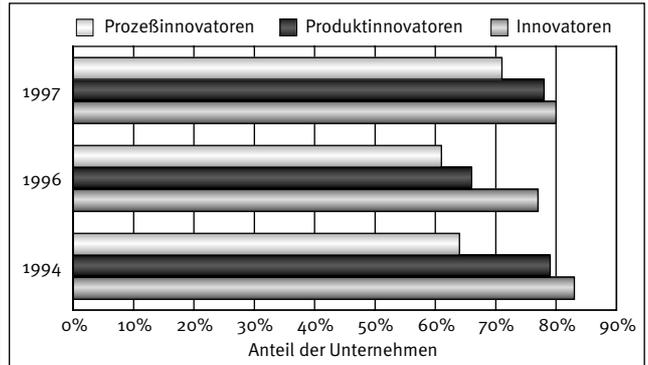
ZEW-Finanzmarkttest im November: Konjunkturklima in Europa



Quelle: ZEW

Das Konjunkturklima in Europa hat sich im November im Vergleich zum Oktober erneut verbessert. Es errechnet sich als Mittelwert aus der durchschnittlichen Beurteilung der aktuellen Lage und der erwarteten Entwicklung. Im November beurteilten per Saldo elf Prozent der Experten die aktuelle gesamtwirtschaftliche Lage als gut und per Saldo 88 Prozent erwarten eine Verbesserung. Damit ergibt sich für die EU-11 ein Konjunkturklimaindex von 49,5 Punkten. Für Deutschland ergibt sich ein Konjunkturklimaindex von 42,3 Punkten. Deutschland wird nach Meinung der Fachleute also weiterhin hinter der Entwicklung der EU-11 zurückbleiben.
Andrea Szczesny, szczesny@zew.de

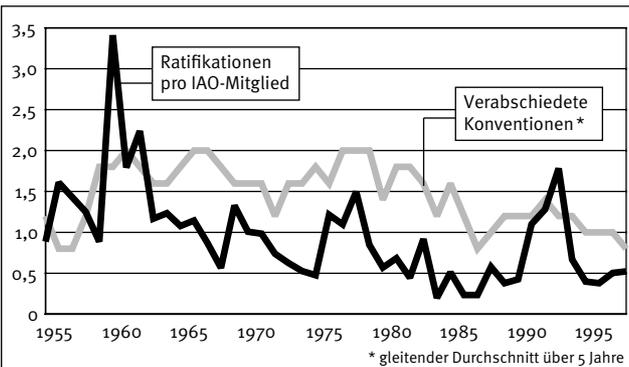
Anteil der Innovatoren im Kredit- und Versicherungsgewerbe überdurchschnittlich



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 1998

Die Innovationsaktivitäten im deutschen Dienstleistungssektor bleiben 1997 gegenüber dem Vorjahr auf einem Niveau von 60 Prozent innovativer Unternehmen konstant und liegen damit unter dem entsprechenden Anteil des Verarbeitenden Gewerbes (66 Prozent). Die Innovationsaktivitäten moderner Dienstleistung werden allerdings kontinuierlich intensiviert. Innerhalb dieses stark wachsenden Sektors sind Banken und Versicherungen überdurchschnittlich innovativ. Acht von zehn Unternehmen dieser Branche konnten 1997 Innovationsprojekte erfolgreich abschließen. Einen ähnlich hohen Anteil erreichten nur EDV- und Technik-Dienstleister.
Dr. Thomas Cleff, cleff@zew.de

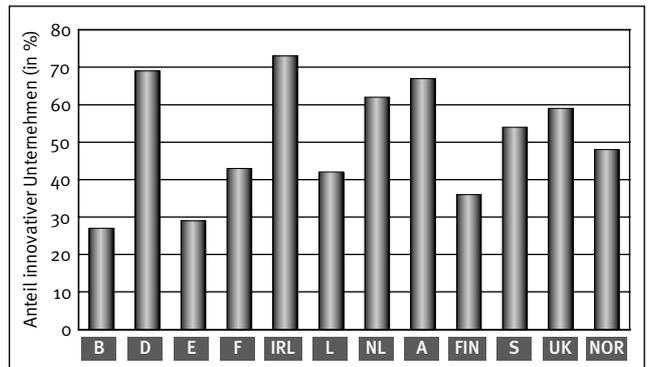
Ratifikationen von IAO-Konventionen auf relativ niedrigem Niveau



Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (IAO)

Während um Sozialklauseln im Welthandel weiter gerungen wird, bleibt die Zahl der Ratifikationen von Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) auf einem niedrigen Niveau. Der Zeitverlauf wird stark von zwei Faktoren bestimmt: zum einen von den Neuzutritten zur IAO nach 1960 bzw. 1989, zum anderen von der ebenfalls rückläufigen Zahl von Neuerabschiedungen. Schätzungen des ZEW ergeben, daß die Wahrscheinlichkeit, eine Konvention 20 Jahre nach ihrer Verabschiedung ratifiziert zu haben, für alle Mitgliedsländer der IAO bei 23 Prozent liegt, wobei sich die Industrieländer mit 37 Prozent deutlich vom Rest der Staaten abheben.
Dr. Bernhard Boockmann, boockmann@zew.de

Innovationsaktivitäten im europäischen Verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Eurostat (1999)

Deutschland gehört zu den innovativsten Ländern Europas. Im Rahmen der von Eurostat koordinierten Community Innovation Surveys wurden in zwölf Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit mindestens 20 Beschäftigten zu ihren Innovationsaktivitäten befragt. Der deutsche Teil der Erhebung lag in Verantwortung des ZEW. Der Untersuchung zufolge findet man in Irland, Deutschland und Österreich die höchsten Anteile innovativer Unternehmen, die geringsten Anteile in Belgien und Spanien. Die Ergebnisse sind noch vorläufig und beziehen sich jeweils auf das Jahr 1996, im Fall Norwegens auf 1997.
Dr. Norbert Janz, janz@zew.de

standpunkt



Bauwirtschaft

Wieder einmal ist eine Bundesregierung der Bauwirtschaft mit untauglichen und bedenklichen Maßnahmen zu Hilfe geeilt. Ist es auch Widersinn, so hat es doch Methode. Der Sündenfall der vorigen Bundesregierung bestand in der Anwendung protektionistischer Instrumente „zugunsten“ der Bauwirtschaft zwecks Abwehr lästiger ausländischer Konkurrenz. Ein Grund für die Wettbewerbsvorteile von Bauunternehmen aus anderen EU-Staaten – nota bene: es geht hier nicht um die illegale Beschäftigung von Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Staaten – lag in den im Vergleich zu Deutschland geringeren Lohnkosten. Denn die deutschen Tarifvertragsparteien in der Bauwirtschaft haben sich jahrelang der Illusion hingegeben, sie könnten Spitzenlöhne vereinbaren, ohne unter Wettbewerbsdruck zu geraten, weil Gebäude oder Straßen nicht transportfähig seien. Wohl wahr, aber die Bauarbeiter sind mobil. Also erließ die Bundesregierung ein Arbeitnehmer-Entsendegesetz und erklärte die Löhne im unteren Bereich der Bauindustrie für allgemeinverbindlich. Mit anderen Worten, es wird seitdem ein Einfuhrzoll auf Arbeitskräfte erhoben. Die derzeitige Bundesregierung hat diesem Protektionismus noch eins draufgesetzt, indem der Bundesarbeitsminister diese Allgemeinverbindlicherklärung durch Rechtsverordnung abgeben kann und nicht mehr die Zustimmung des eigentlich dafür zuständigen Tarifausschusses einholen muß.

Den zweiten Sündenfall einer Bundesregierung „zugunsten“ der Bauwirtschaft konnten wir unlängst im Fall der Firma Holzmann erleben. Selbstverständlich sollte alles wirtschaftlich Vernünftige getan werden, um zukunfts-trächtige Arbeitsplätze zu retten. Aber nicht jedes Unternehmen ist wettbewerbsfähig und ein Strukturwandel zu Ungunsten der Bauwirtschaft läßt sich nicht aufhalten, sondern nur abfedern. Und wieso ein vorher angeblich oder tatsächlich nicht sanierungsfähiges Unternehmen nach einer Intervention des Bundeskanzlers, verbunden mit einer Bundesbürgschaft, plötzlich doch gesunden kann, bedarf einer Erklärung – beispielsweise seitens der

beteiligten Banken. Ohnehin haben sich dieselben und ihre Vertreter im Aufsichtsrat von Holzmann nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Und mit welchen Argumenten will der Bundeskanzler den Tausenden von insolventen Unternehmen eine ähnliche Hilfe verweigern, die demnächst bei ihm vorstellig werden dürften?

So aner kennenswert die Bereitschaft der Arbeitnehmer auch ist, durch Lohnverzicht zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze beizutragen, der Betriebsrat und die Unternehmensleitung von Holzmann haben einen klaren Rechtsbruch begangen, so abwegig dies klingen mag. Die Firma Holzmann ist tarifgebunden, und die vereinbarten untertariflichen Entgelte verstoßen in diesem Fall gegen § 3 Tarifvertragsgesetz, zumal der Flächentarifvertrag für die Bauindustrie offenbar keine Krisenklausel enthält. Ohnehin darf ein Unternehmen gemäß § 77 Abs. 3 Betriebsverfassungsgesetz keine Vereinbarungen mit dem Betriebsrat abschließen, wenn deren Inhalt auch Gegenstand von Tarifverträgen ist und diese keine abweichenden Vereinbarungen zulassen. Der Fall Holzmann legt damit die Fragwürdigkeit dieser Rechtsvorschrift wieder einmal für jeden sichtbar offen, denn eine einzige Klage genügt, um dieses Zugeständnis und damit vielleicht die Sanierung des gesamten Unternehmens hinfällig zu machen. Das grenzt ans Absurde und belegt den dringenden Handlungsbedarf für den Gesetzgeber, nämlich im Tarifvertragsgesetz eine wirksame Öffnungsklausel für alle Flächentarifverträge verbindlich vorzuschreiben.

Es mag durchaus verständlich sein, daß sich Bundesregierungen zum Handeln gedrängt sehen, und man muß ihnen nicht von vorneherein jegliche redliche Absicht absprechen. Gleichwohl: Das Gutgemeinte ist oft der Feind des Guten.

Wolfgang Franke

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franke

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher